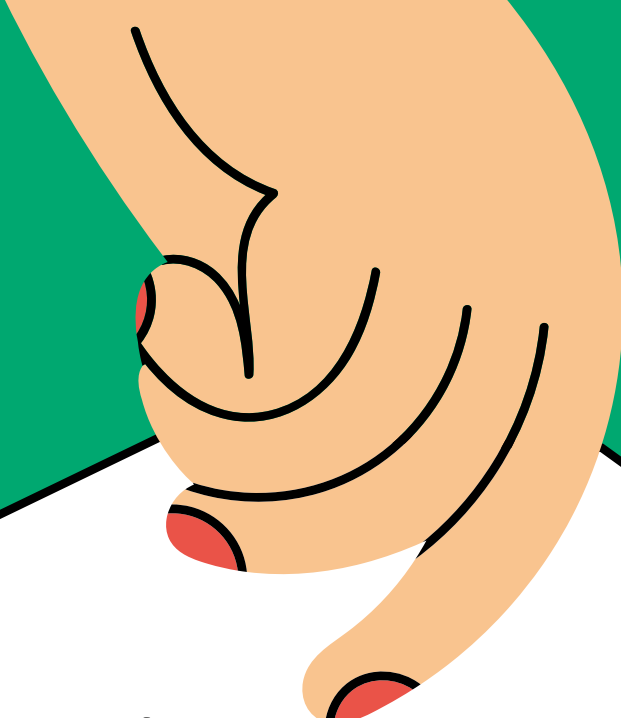




Listen to us!

**Perspektiven junger Menschen
und Eltern auf Selbstvertretung
in der inklusiven Kinder-
und Jugendhilfe**

**Hearing mit jungen Menschen,
Eltern und Bundespolitik im Bundes-
ministerium für Bildung, Familie,
Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)**

**Dokumentation des Hearings am
26. Januar 2026 im BMBFSFJ**

Inhalt

- S. 3 I. Hearing mit jungen Menschen, Eltern und Bundespolitik im BMBFSFJ:
„Listen to us!“ Perspektiven auf Selbstvertretung und Impulse für die
Weiterentwicklung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
- S. 5 II: Gesprächsrunden mit Bundespolitik:
Lebenswelten und Erfahrungen junger Menschen und Eltern im
Kontext der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
- S. 27 III. Impulse und Forderungen an die Bundespolitik:
Wie kann Selbstvertretung in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
gestärkt werden?
- S. 36 Anhänge
- S. 37 Programmablauf
- S. 38 Teilnehmer*innen

Impressum



Careleaver e.V.
Lützner Str. 39, 04177 Leipzig



Internationale
Gesellschaft für
erzieherische Hilfen

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen
Galvanistraße 30 | 60486 Frankfurt am Main

E-Mail: verlag@igfh.de | Internet: www.igfh.de

© IGfH-Eigenverlag, Frankfurt am Main, 2026

Redaktion: Tabea Möller und Stefan Wedermann

DOI: https://doi.org/10.61038/2026_002

Satz: Paula Weise | Frankfurt am Main | www.bhivestudio.de

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Im Rahmen des:



Kinder- und
Jugendplan
des Bundes

STÄRKEN, WAS DIE ZUKUNFT TRÄGT.

I. Hearing mit jungen Menschen, Eltern und Bundespolitik im BMBFSFJ:

„Listen to us!“ Perspektiven auf Selbstvertretung und Impulse für die Weiterentwicklung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Schon lange setzen sich junge Menschen mit und ohne Behinderungen für ihre Rechte ein. Sie kritisieren Missstände und fordern Veränderungen.

In der Behindertenbewegung in Deutschland gab es seit den 1960er Jahren erste selbstorganisierte Gruppen, zum Beispiel den Club Behinderter und ihrer Freunde. Später gründeten sich sogenannte Krüppelgruppen. Sie kämpften gegen Bevormundung und für mehr Selbstbestimmung. In den 1980er Jahren entstand die Bewegung Selbstbestimmt Leben. Ein wichtiger Teil davon ist die Beratung durch andere Betroffene. Diese Bewegung spielt bis heute eine wichtige Rolle (Köbsell 2023¹). Junge Menschen mit Behinderungen setzen sich seit 2023 beispielsweise in der Gruppe jumemb (Junge Menschen mit Behinderung) für ihre Themen ein.

Auch in der Kinder- und Jugendhilfe vertreten junge Menschen schon lange ihre eigenen Interessen. Ab 1965 protestierten Jugendliche gegen schlechte Bedingungen in Heimen. 1994 wurde mit dem Hessischen Landesheimrat eine erste offizielle Selbstvertretung gegründet (Wedermann 2024²). Im Pflegekinderbereich engagierten sich junge Menschen ebenfalls früh, auch international. Sie organisierten eigene Treffen wie den Pflegekinderkongress (ebd.). Heute gibt es mittlerweile in acht Bundesländern Selbstvertretungen von jungen Menschen, die in Wohngruppen oder Pflegefamilien leben. In den letzten Jahren entstanden weitere Zusammenschlüsse, zum Beispiel 2014 der Careleaver e.V. oder 2020 das BUNDI (Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe). Auch Gruppen wie JOG (Jugendliche ohne Grenzen) zeigen, dass sich junge Menschen in Selbstvertretungen engagieren. Auch Eltern, die Erfahrungen mit Hilfen zur Erziehung haben, engagieren sich in der Interessenvertretung und beginnen sich in Gruppen zusammenzuschließen.

Selbstvertretung ist ein Recht und Grundlage für eine demokratische Gesellschaft. Das ist an verschiedenen Stellen gesetzlich geregelt. Internationale Abkommen wie die UN-Kinderrechtskonvention und die UN-Behindertenrechtskonvention sichern jungen Menschen und Menschen mit Behinderungen das Recht auf Beteiligung zu. Im

1 Köbsell, S. (2023): Behinderten(rechts)bewegung – eine Geschichte der Selbstbestimmung und Emanzipation. In: Forum Erziehungshilfen, Jg. 29, Heft 3, S. 136-140.

2 Wedermann, S. (2024): Selbstvertretung junger Menschen im Machtgefüge der Kinder- und Jugendhilfe – Entwicklungen, Perspektiven und Irritationen. In: Forum Erziehungshilfen, Jg. 30, Sonderheft, S. 37-42.

deutschen Recht ist seit 2021 zusätzlich verankert, dass die Kinder- und Jugendhilfe Selbstvertretungen unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten soll (§4a SGB VIII). Einrichtungen müssen außerdem Möglichkeiten zur Mitbestimmung schaffen (§ 45 Abs. 2 S. 4). Selbstvertretungen sollen auch in wichtigen Gremien der Kinder- und Jugendhilfe mitarbeiten können (§§ 71 Abs. 2 und 78 SGB VIII).

Die Stimme von jungen Menschen und Eltern in der fachpolitischen Diskussion

Um die Rechte von jungen Menschen und Eltern auf Beteiligung und Selbstorganisation zu verwirklichen, ist es wichtig, die Meinungen und Erfahrungen von jungen Menschen und Eltern einzubeziehen. So kann die Weiterentwicklung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe demokratisch gestaltet werden. In den letzten Jahren gab es einzelne Schritte in diese Richtung:

2016 fand ein Hearing mit Careleaver*innen im Bundesfamilienministerium statt. Auch 2021 und 2023 fanden Hearings statt, bei denen junge Menschen und Eltern ihre Erfahrungen mit dem Leben in Wohngruppen und der Pflegekinderhilfe mit Politik geteilt haben. Die beiden Hearings fanden im Deutschen Bundestag auf Einladung von Ulrike Bahr statt. Ulrike Bahr war zu dem Zeitpunkt Mitglied im Deutschen Bundestag und Vorsitzende des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend. Der Ausschuss ist eine Arbeitsgruppe von Abgeordneten, die sich um die Themen von Familien, Jugend, Frauen und Senioren im Deutschen Bundestag kümmert. Im Dialogprozess „Mitreden – Mitgestalten. Die Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe“ (2018–2021) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurden junge Menschen beteiligt und ihre Perspektiven einbezogen. Im anschließenden Prozess „Gemeinsam zum Ziel!“ (2022–2023) hin zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe wurde ein Selbstvertretungsrat eingerichtet. Der Selbstvertretungsrat hat das BMBFSFJ zu den Fragen beraten, welche Zielgruppen eingebunden werden sollen, und wie sie gut erreicht werden können.

Das Hearing: direkter Austausch zwischen jungen Menschen und Fachpolitik

Am 26. Januar 2026 fand im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) ein Hearing zur Weiterentwicklung der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe statt. Bei dem Hearing ging es um Alltagserfahrungen von jungen Menschen und Eltern und darum, was Selbstvertretung ist und was es braucht, damit Selbstvertretung gut gelingt. 25 junge Menschen und Eltern aus ganz Deutschland kamen dafür nach Berlin ins BMBFSFJ. Organisiert wurde das Treffen von der Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) und dem Careleaver e.V.

Ziel des Hearings war ein direkter Austausch zwischen jungen Menschen und Eltern mit Vertreter*innen der Bundespolitik. In verschiedenen Gesprächsformaten konnten sich alle miteinander austauschen. In Vorbereitungstreffen hatten sich die jungen Menschen und Eltern auf das Hearing intensiv vorbereitet. Es gab fünf Gruppen, die Impulse und Forderungen erarbeitet hatten:

- ▶ junge Menschen aus Wohngruppen
- ▶ junge Menschen aus Pflegefamilien
- ▶ Careleaver*innen aus dem Careleaver e.V.
- ▶ Eltern, deren Kinder in Erziehungshilfen leben oder gelebt haben
- ▶ junge Menschen mit Behinderungen aus der Gruppe jumemb

Schon in der Vorbereitung wurde deutlich, dass die Gruppen auch überschneidende Themen ansprechen. Auch wenn sie unterschiedliche Schwerpunkte setzen, gibt es viele gemeinsame Forderungen für Veränderungen. Damit sowohl die besonderen Themen der einzelnen Gruppen als auch gemeinsame Themen deutlich wurden, war das Hearing in zwei Teile gegliedert. Am Vormittag tauschten sich die Teilnehmenden in fünf Gesprächsrunden in ihren jeweiligen Gruppen direkt mit fachpolitischen Gästen über ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen aus. Am Nachmittag wurden die gemeinsamen und übergreifenden Themen dann im Plenum besprochen.

II: Gesprächsrunden mit Bundespolitik

**Lebenswelten und Erfahrungen
junger Menschen und Eltern im
Kontext der inklusiven Kinder-
und Jugendhilfe**



Programmablauf

Begrüßung und Einstieg

Grußwort: Mareike Wulf (Parlamentarische Staatssekretärin im BMBFSFJ)

Moderation und Einstieg ins Thema: Laura Brüchle (Careleaver e.V.) und Stefan Wedermann (IGfH)

Einblicke in die Lebenswelten und Erfahrungen junger Menschen und Eltern im Kontext der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Fünf Diskussionsrunden in kleinen Gruppen (jeweils 15 Minuten)

Austausch mit:

- ▶ junge Menschen mit Behinderungen von jumemb³
(Moderation: Kerstin Blochberger, Stefan Wedermann)
- ▶ Eltern, deren Kindern in Erziehungshilfen leben oder gelebt haben
(Moderation: Nicole Knuth, Anke Willemer)
- ▶ junge Menschen aus Pflegefamilien
(Moderation: Judith Pöckler-von Lingen, Wolfgang Schröer)
- ▶ junge Menschen aus Wohngruppen
(Moderation: Hans-Ullrich Krause, Elsa Thurm)
- ▶ Careleaver*innen aus dem Careleaver e.V.
(Moderation: Laura Brüchle, Richard Werban)

Rückmeldung Bundespolitik: „Besonders beschäftigt mich, dass...“

Moderation: Laura Brüchle (Careleaver e.V.) und Stefan Wedermann (IGfH)



Parlamentarische Staatssekretärin Mareike Wulf im Austausch mit Careleaver*innen

Die Gesprächsrunden am Vormittag wurden durch ein Grußwort von Mareike Wulf eröffnet. Sie begrüßte die Teilnehmenden und dankte insbesondere den jungen Menschen und Eltern für ihre Bereitschaft, persönliche Erfahrungen zu teilen. Sie betonte die Bedeutung sicherer Lebensbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen sowie die Relevanz von Selbstvertretung für Demokratie und bedarfsgerechte Unterstützung. Mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) sei Selbstvertretung gesetzlich verankert worden; seitdem hätten sich zahlreiche Selbstvertretungsstrukturen entwickelt. Frau Wulf hob zudem das ehrenamtliche Engagement vieler Beteiligter sowie die unterstützende Rolle der Fachverbände hervor. Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Selbstvertretung verwies sie auf die geplante Evaluation von § 4a SGB VIII. Abschließend sprach sie über die geplante Reform hin zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe mit dem Ziel, Zuständigkeiten und Leistungen für junge Menschen mit und ohne Behinderungen zu vereinheitlichen.

Im Anschluss leiteten Laura Brühle und Stefan Wedermann in die Gesprächsrunden über. Der Austausch fand an fünf Tischen statt, an denen jeweils junge Menschen, Eltern und Vertreter*innen aus Bundespolitik und Fachpraxis zusammenkamen. Beteiligt waren unter anderem Mitglieder der Berichtskommission des 18. Kinder- und Jugendberichts, Mitarbeitende aus Abgeordnetenbüros und Fraktionen sowie Vertreter*innen des BMBFSFJ. Die jungen Menschen und Eltern brachten vorbereitete Forderungen und Impulse ein. In fünf Gesprächsrunden zu je 15 Minuten wurden Erfahrungen, Unterstützungsbedarfe und politische Anliegen diskutiert. Die Teilnehmenden hatten sich im Vorfeld in mehreren Treffen auf das Hearing vorbereitet. Die Gesprächsatmosphäre war konzentriert und dialogorientiert; die fachpolitischen Gäste zeigten großes Interesse an den eingebrachten Perspektiven und würdigten den persönlichen Austausch.



Begrüßung durch die Moderator*innen Laura Brüche (Careleaver e.V.) und Stefan Wedermann (IGfH)



Grußwort von der Parlamentarischen Staatssekretärin Mareike Wulf

Junge Menschen in Pflegefamilien – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Jugendlichen

Wir sind eure Zukunft!

Warum wissen so wenige Menschen in Deutschland darüber Bescheid, was eine Pflegefamilie ist?

Wir haben ein Recht auf Bildung, Mitbestimmung und verlässliche Infrastrukturen! – Leben in und mit Pflegefamilien

Warum wissen so wenige Menschen in Deutschland darüber Bescheid, was eine Pflegefamilie ist? Und: Warum beschäftigen sich so wenige Menschen damit, dass es Familien mit tollen Eltern, Geschwistern und Verwandten sind, in denen junge Menschen aufwachsen, die genauso ein Recht auf gute Schulbildung, Ferien, Beratung für die Zukunft und Freund*innen haben?

Zudem: Junge Menschen in Pflegefamilien wollen nicht immer wieder neu ihre Geschichte erzählen, warum sie in Pflegefamilien leben und was eine Pflegefamilie ist. Uns ist wichtig:

- In Schulen und in der Öffentlichkeit braucht es mehr Informationen, was Pflegefamilien sind und dass junge Menschen heute in ganz unterschiedlichen Familien aufwachsen. Ein „Familien-, Kinder- und Jugendhilfetag“ in jeder Schule – einmal im Jahr – könnte hier ein Anfang sein.
- Bildung und Schullaufbahnen sind entscheidend. Pflegeeltern unterstützen die jungen Menschen hier vielfach, doch es braucht mehr Unterstützung für Bildung, Ausbildung und Beruf in den Schulen und in der Kinder- und Jugendhilfe.



Gruppenbild der Gruppe junger Menschen in Pflegefamilien vor dem Banner des BMBFSFJ



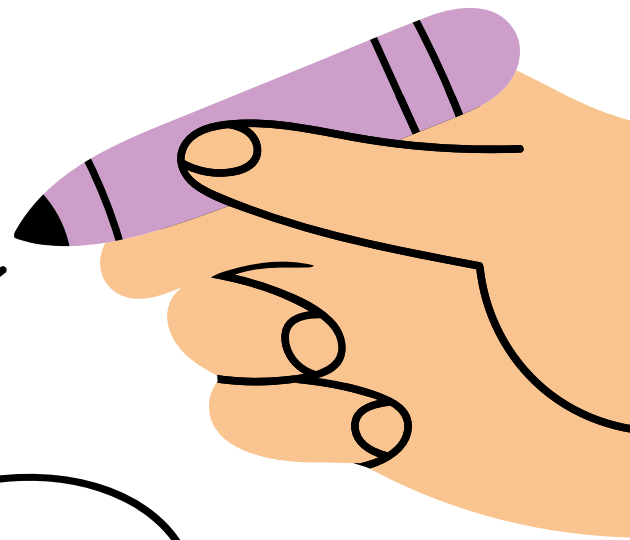
Junge Menschen in Pflegefamilien geben Einblicke: Gesprächsrunde mit Zoë Schlüter (BMBFSFJ)

- ▶ Wer in einer Pflegefamilie aufwächst, sollte auch andere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene regelmäßig treffen können, die in Pflegefamilien aufwachsen. Diese Angebote sollten altersgerecht sein. Gemeinsame Freizeitprogramme, Ferienfahrten und eine systematische Begleitung auch der Pflegeeltern sollte überall angeboten werden.
- ▶ Junge Menschen, die in Pflegefamilien leben, müssen besser über ihre Rechte und Beschwerdemöglichkeiten informiert werden. Sie müssen darüber altersgerecht und regelmäßig informiert werden, und zwar in den ganz unterschiedlichen Kontexten: in Hilfeplangesprächen, in Beratungssituationen und in den Pflegefamilien.
- ▶ Zu häufig wechseln die Berater*innen in den Jugendämtern und in den Beratungsstellen, die die jungen Menschen begleiten. Es muss sichergestellt werden, dass nicht immer wieder andere Menschen sich in ihre Geschichte einmischen. Sie wollen verlässliche Ansprechpartner*innen in und außerhalb der Familie und gut ausgebildete Fachkräfte in den Jugendämtern und Beratungsstellen. Sie wollen vertrauenswürdige Beschwerde- und Ansprechpartner*innen, wenn sie sich mal nicht wohl fühlen oder sie denken, dass etwas in ihrem Leben so nicht stimmt.
- ▶ Die jungen Menschen wissen sehr gut, was eine gute Pflegefamilie und gute Kinder- und Jugendhilfe ist, darum braucht es – wie Heimräte – auch Vertretungsformen für junge Menschen in Pflegefamilien in der Kinder- und Jugendhilfe vor Ort, in den Bundesländern und im Bund.
- ▶ Und nicht zuletzt: Hört auf, junge Menschen aus Pflegefamilien zu beleidigen oder ihnen irgendwie Verantwortung dafür zuzuschreiben, dass sie in Pflegefamilien leben. Pflegekinder sollten nicht diskriminiert und stigmatisiert werden.

Fangt an mit uns zu sprechen und hört zu, wie es uns geht und wie wir die Zukunft gestalten wollen. Wir sind eure Zukunft – ihr könnt nicht ohne uns! Dies bedeutet auch: Seid euch eurer Verantwortung uns gegenüber bewusst!

▷ Herzliche Grüße von den jungen Menschen, die in Pflegefamilien aufwachsen.

Forderungen von jungen Menschen in Pflegefamilien



Wir brauchen Freizeitangebote auch außerhalb der Pflegefamilien – diese müssen organisiert und finanziert werden!

Selbstvertretung kommt nicht von selbst!

Dauernder Personalwechsel im Jugendamt bedeutet, dass wir unsere Geschichte immer wieder neu erzählen sollen. Wir fordern:

- ▶ verlässliche Ansprechpersonen
- ▶ klare und erreichbare Personen in Notlagen und bei Problemen
- ▶ gute Pflegefamilien
- ▶ keine Diskriminierung als „Pflegekind“, dazu muss z.B. Selbstvertretung gestärkt werden!

Schule und Bildung:

- ▶ Wir brauchen Bildungsförderung durch gut ausgebildete Fachleute, die auch unsere Situation kennen!
- ▶ Wir fordern regelmäßig einen „Tag der offenen Familie“ (Bildungstag): Familie im Wandel/Warum leben Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien und Wohngruppen?

Junge Menschen in Pflegefamilien brauchen:

- ▶ Respekt vor Privatsphäre
- ▶ Rückzugsräume
- ▶ persönliche Komfortzonen
- ▶ Wissen über ihre Rechte
(Umsetzung im HPG): Das ist Pflicht!

Eltern in den Hilfen zur Erziehung – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Eltern

Im Rahmen eines Hearings Gehör zu bekommen, erleben die Eltern als eine große Chance, den Blick auf ihre Situation und die ihrer Kinder lenken zu können. Gleichzeitig ist es eine große Herausforderung, über ihre sehr persönlichen Situationen zu sprechen. Es setzt Selbstreflektionsfähigkeit voraus und erfordert viel Mut. Die Vorbereitungstreffen und das Hearing selbst zeigten u.a. folgende Erfahrungen:

Die beteiligten Eltern haben aufgrund ihrer individuellen Erfahrungen mit dem Jugendhilfesystem unterschiedliche Ausgangspunkte für ein Zusammenkommen im Rahmen einer Selbstorganisation. Die zum Teil sehr dramatischen Anfangsphasen als Mutter / Vater im Jugendhilfesystem zeigen Auswirkungen auf die Bereitschaft, sich einzubringen.

Viele Eltern haben bei der Inobhutnahme ihres Kindes einen unsensiblen Umgang mit dem Kind erlebt. So durfte dieses beispielsweise nichts Vertrautes in die neue Umgebung mitnehmen, wurde von den Geschwistern getrennt oder so weit vom Elternhaus entfernt untergebracht, dass Kontakte während der Bereitschaftspflegezeit nur schwer umsetzbar waren.

Eltern hatten in dieser Zeit keine Ansprechperson, die ihnen über den Verbleib und die Befindlichkeit der Kinder Auskunft geben konnte. Auch Informationen über andere Unterstützungsmöglichkeiten erhielten sie nicht. Mit ihren eigenen Entwicklungen und positiven Veränderungen fühlten sie sich nicht wahrgenommen und nicht selten empfanden sie eine dauerhafte Stigmatisierung als „Eltern, deren Kind in Obhut genommen werden musste“. Gleichzeitig waren die Fachkräfte nur schwer oder gar nicht für sie erreichbar und sie hatten keine Informationen über ihre Rechte erhalten. Dass bei den Fachkräften eine große Fluktuation herrscht, diese oftmals keine oder nicht ausreichende Kenntnisse über die Erkrankungen der Eltern hatten (Sucht, psychische Erkrankungen...) und deren weitere Lebensumstände (z.B. finanzielle) hatten, kam erschwerend hinzu. Die Eltern fühlten sich von den Fachkräften oft „von oben herab“ behandelt. Außerdem nahmen sich die Fachkräfte nicht ausreichend Zeit, um mit ihnen die Hilfeplanung in Ruhe und mit Umsicht zu besprechen.

In Bezug auf Selbstvertretung von Eltern erlebten sie, dass es aufgrund der fehlenden strukturellen Begegnungsmöglichkeiten schwierig ist, zueinander zu kommen. Einerseits, weil Fachkräfte keine Kontaktdaten weitergeben dürfen und andererseits, weil es bei den Eltern keine gemeinsamen Berührungspunkte gibt, wenn die Kinder im Rahmen der Jugendhilfe untergebracht sind. Andere Eltern zu werben, bei einer Selbstvertretung mitzumachen, erscheint schwierig, wenn Fachkräfte nicht behilflich sind.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von der Eltern-Gruppe



Gruppenbild der Elterngruppe vor dem Banner des BMBFSFJ

Forderungen von Eltern

Eine wohnortnahe Unterbringung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen!Kon-

abbau von Diskriminierung von Eltern in der inklusiven Jugendhilfe vorantreiben!

Mehr Kontinuität und Verlässlichkeit von Fachkräften!

zepte zu Einbezug von und Zusammenarbeit mit Eltern entwickeln und Ressourcen zur Umsetzung bereitstellen!

Familien in ihrer Gesamtheit in den Hilfen zur Erziehung begleiten und unterstützen!

Verständliche Informationen zu Rechten und Ansprüchen von Eltern entwickeln und weitergeben!

Eine Vernetzung von Eltern untereinander ermöglichen!

Junge Menschen in Wohngruppen – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von Jugendlichen

Junge Menschen berichteten den Zuhörenden sehr offen über ihre Erfahrungen in verschiedenen Einrichtungen der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Sie leiteten aus dem Berichteten verschiedene Forderungen und Wünsche zur Verbesserung ihrer Lebensrealitäten in Wohngruppen und in der Zusammenarbeit mit den Jugendämtern ab.

Sie berichteten davon, dass das Jugendamt als nicht zuverlässig wahrgenommen wird, hier oft Zuständigkeiten fehlen oder ständig wechseln und manchmal nötige kurzfristige Absprachen dadurch fast unmöglich sind. Sie sprachen außerdem davon, dass Entscheidungen, die sie betreffen, durch die zuständigen Personen in den Jugendämtern, aber auch in den Wohngruppen häufig über ihre Köpfe hinweg getroffen werden. Besonders betonten sie das Gefühl der Ohnmacht, welches durch diese fehlende Mitbestimmung über ihr eigenes Leben entsteht.

Die jungen Menschen berichten auch von erlebter Überforderung von Fachkräften in den Wohngruppen und damit einhergehend von schwer aushaltbaren Situationen in ihrem Alltag. Sie erleben Fachkräfte, die wegen Überlastung zu unterdrückendem und denunzierendem Verhalten greifen, um sich durchzusetzen. Das kann bei den jungen Menschen aber z.B. zu einer Retraumatisierung führen. Sie erleben auch, dass ihnen mit Rausschmiss aus den Wohngruppen gedroht wird, wenn sie über ihre Rechte sprechen oder ins Gespräch kommen möchten über Regeln und Verhaltensweisen, die sie nicht verstehen oder die sie anzweifeln. Die jungen Menschen nehmen wahr, dass es den Fachkräften hier häufig an Expertise fehlt. Sie fordern darum, dass Fachkräfte, die in Wohngruppen der stationären Kinder- und Jugendhilfe arbeiten, dringend verbindliche Weiterbildungen bekommen, zu vielfältigen Themen, mit denen die jungen Menschen, die in diesen Settings leben, konfrontiert sind: Es handelt sich dabei um folgende Themen: relevante rechtliche Grundlagen, psychische Krankheitsbilder und der Umgang damit (u.a. Depression, Posttraumatische Belastungsstörung, Borderline-Persönlichkeitsstörung, Autismus, ADHS), Gewaltformen, Auseinandersetzung mit eigener Macht und Gewalt, Essstörungen, Sexualität uvm.

Außerdem fordern die jungen Menschen hier, dass in Ausbildung und Studium der Schwerpunkt viel mehr auch auf der stationären Kinder- und Jugendhilfe liegen muss, um Fachkräfte besser auf diese Arbeit vorzubereiten. Der Fokus darf nicht mehr nur auf der Erziehung in Kindergärten liegen. Sie erleben in ihrem Aufwachsen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe auch, dass Personal fehlt, dass Fachkräfte u.a. wegen Überforderung wieder gehen und auch darum Gruppen geschlossen werden müssen, andere Gruppen dann überfüllt sind oder die nötigen Hilfen sehr kurzfristig beendet werden.

Insgesamt berichten die jungen Menschen von großem Druck, der für sie in den Wohngruppen und in Hilfeplangesprächen mit dem Jugendamt entsteht: Sie sollen schnell selbstständig werden, eher früher als später ausziehen, sich regelkonform verhalten, mit den Gegebenheiten klarkommen, ohne sich zu beschweren und Entscheidungen, die über sie hinweg getroffen wurden, hinnehmen. Sie benötigen aber keinen Druck, sondern eine gute und unterstützende Begleitung in ein selbstbestimmtes Leben. Dafür benötigen sie u.a. sichere Ansprechpersonen, Unterstützung bei der Wohnungsfindung, bei Bürgschaften und Kautionen, bei der eigenen finanziellen Grundsicherung, die auch die zu geringe Erstausrüstung beinhaltet. Hier fordern die jungen Menschen eine Aufstockung und einheitlichere Regelungen.

Die jungen Menschen waren beeindruckend aufeinander abgestimmt. Ihre Beiträge griffen ineinander und vermittelten trotz individueller Inhalte ein starkes Gefühl von Geschlossenheit. Auch ihre kritischen Darstellungen waren darauf ausgerichtet, die Zuhörenden zu überzeugen, statt zu konfrontieren. Vielen Dank!

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von jungen Menschen aus Wohngruppen



Gruppenbild der Gruppe junger Menschen in Wohngruppen vor dem Banner des BMBFSFJ

Forderungen von jungen Menschen in Wohngruppen

Die Arbeit der Jugendämter muss verbessert werden. Sie sind oft nicht zuverlässig. Es gibt oft keine klare Zuständigkeit, schwere Erreichbarkeit und immer wieder undurchsichtige, mit den jungen Menschen nicht abgestimmte Entscheidungen.

Ich möchte kurz meinen Fall beschreiben...
Es geht um Rausschmiss und Unklarheiten.

Wenn man als Jugendlicher oder junger Erwachsener keinen Kontakt zu den Eltern hat, sollte es möglich sein, dass man elternunabhängig BAföG beantragen oder andere Anträge stellen kann (Rechtstatus Leaving Care).

Es sollte direkte Verbindungen zwischen Jugendamt und Jobcenter geben, damit Übergänge funktionieren und man nicht alles immer wieder neu erzählen und beantragen muss.

Die Übergänge von der Wohngruppe in die eigene Wohnung sind sehr kompliziert. Es gibt kaum Wohnungen. Es sollte Verantwortliche für die Findung von Wohnraum geben. Es muss klarer sein, was alles gebraucht wird. Wir wollen keine Bittsteller*innen in Behörden und Wohnungsgesellschaften sein.

Es müsste eine Möglichkeit geben, dass die Stadt/der Landkreis oder das Jugendamt eine Bürgschaft übernehmen, wenn es um die Selbstständigkeit geht.

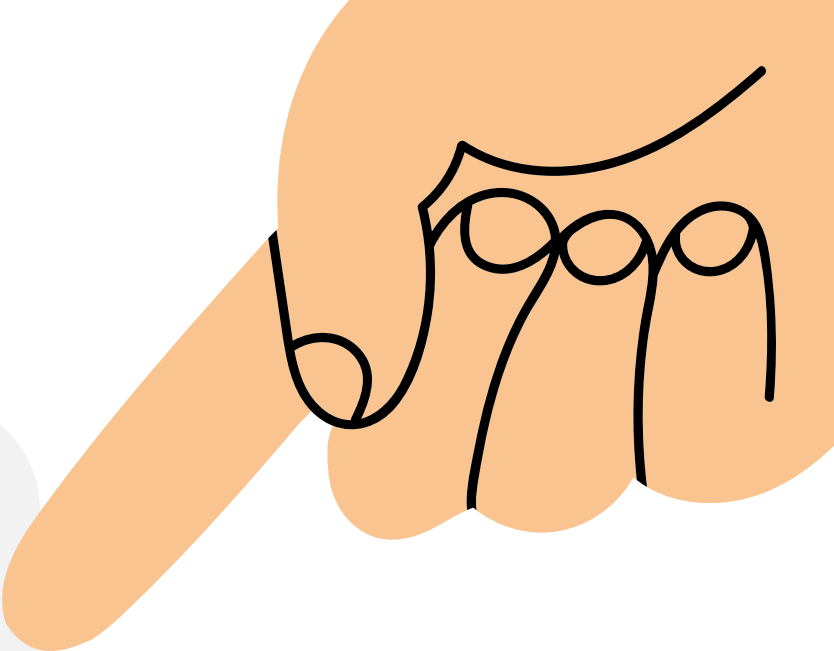
Entscheidungen, die junge Menschen betreffen, werden sehr oft über sie getroffen und nicht mit ihnen. Ein Beispiel: E-Mails zwischen Mitarbeiter*innen und Jugendamt. Alle Mails könnten doch als CC an die Jugendlichen gelangen.

Oft wissen die Betreuer*innen nicht weiter. Vor allem wenn es um „schwierige“ Jugendliche geht oder junge Menschen psychische Probleme haben. Wir denken: Alle Fachkräfte, die Kinder und Jugendliche betreuen, müssen verpflichtet sein sich regelmäßig auch außerhalb weiterzubilden.

Die jungen Menschen müssen sehr früh Kautionen für die Mietwohnung ansparen. Oft vom Taschengeld. Dafür muss es andere Regelungen geben. Z.B. ein Extrageld für die Kaution usw.

Vor allem wegen Personalmangel und geringem Interesse an der Arbeit in Wohngruppen werden diese immer häufiger geschlossen/überfüllt. Dann bleiben die Kinder auf der Strecke. Wir brauchen Betreuer*innen, die gerne bei uns tätig sind. Und ein guter Verdienst reicht da auch nicht!

Jugendämter sollten überhaupt enger mit den Jugendlichen arbeiten. Sich austauschen, im Gespräch sein. Nicht nur mal auftauchen und dann gar nicht Bescheid wissen.



Wir erleben viele junge Menschen in den Wohngruppen, die aus Pflegefamilien herausgeworfen wurden. Pflegekinder müssen sich vernetzen können (Sprecherrat) und Pflegefamilien müssen sehr gut angeleitet und auch kontrolliert werden.

Überhaupt sollten Jugendliche und junge Erwachsene (auch Careleaver*innen) Workshops für Fachkräfte anbieten, damit diese besser verstehen, was gebraucht wird und was wichtig ist.

Es müssen mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden für Hygieneartikel, Verhütungsmittel, Ferienfahrten, Schulmaterial (z.B. Laptops).



Junge Menschen in Wohngruppen geben Einblicke: Gesprächsrunde mit Bundespolitik



Gruppenbild der Gruppe jumemb vor dem Banner des BMBFSFJ

jumemb – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von jungen Menschen mit Behinderungen

Forderungen junger Menschen mit Behinderung für eine diskriminierungsfreie, selbstbestimmte und inklusive Gesellschaft

Die Gruppe jumemb hat beim Hearing zentrale Forderungen für eine diskriminierungsfreie, selbstbestimmte und inklusive Gesellschaft formuliert. Im Mittelpunkt steht der Anspruch, dass Lebensrealitäten, Kompetenzen und Perspektiven junger Menschen mit Behinderungen ernst genommen und in allen politischen, sozialen und institutionellen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden. Ihre Impulse verdeutlichen ein Verständnis von Inklusion, das über reine Teilhabe hinausgeht und auf echte Mitbestimmung, Selbstvertretung und Gleichberechtigung zielt.

Individuelle Assistenzleistungen und Selbstbestimmung

Zentral ist die Sicherstellung individueller Assistenzleistungen in allen Lebensbereichen. Sie gelten als Voraussetzung für selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe. Debatten zu Pooling oder Einschränkung werden kritisch gesehen, weil sie individuelle Bedarfe und Lebensrealitäten verfehlen. Bedarfe sollen nicht abstrakt „verwaltet“, sondern als Ausdruck von Selbstbestimmung und Persönlichkeit verstanden werden.

Inklusive Bildung für alle

Im Bildungsbereich wird eine konsequente Umsetzung des Menschenrechts auf inklusive Schulbildung gefordert. Das Bildungssystem soll Barrieren abbauen, diskriminierungsfreie Zugänge sichern und flexible Unterstützungsformen etablieren. Pooling von Assistenz kann sinnvoll sein, darf aber nicht dazu führen, dass individuelle Bedarfe untergehen. Bildung muss für alle zugänglich sein – unabhängig von Art und Umfang einer Behinderung – und Schulabschlüsse müssen real erreichbar sein.

Teilhabe am Arbeitsleben und Wert des Menschen

jumemb wendet sich gegen die fortbestehende Exklusion durch Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Diese werden als Formen struktureller Ausgrenzung kritisiert, die Teilhabe am regulären Arbeitsmarkt erschweren. Stattdessen soll jede Person, die arbeiten möchte, echten Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erhalten – mit notwendigen Unterstützungs- und Assistenzleistungen. Teilhabe am Arbeitsleben ist als langfristige gesellschaftliche



Junge Menschen der Gruppe jumemb im Gespräch mit Bundespolitik

Investition zu verstehen. Der Wert eines Menschen bemisst sich nicht an Leistungsfähigkeit, sondern an Würde und Individualität.

Inklusiver Kinderschutz und Anerkennung von Expertise

Ein weiterer Schwerpunkt ist der inklusive Kinderschutz und die Stärkung der Selbstbestimmung. Schutzkonzepte sollen Entscheidungsmacht stärken, statt zu bevormunden. Abhängigkeit von Fachkräften oder Betreuungspersonen führt oft zu Ohnmachtserfahrungen und zu einem erhöhten Risiko von Grenzverletzungen. Gleichzeitig kritisiert jumemb das Misstrauen gegenüber der Eigenkompetenz junger Menschen mit Behinderungen: Sie und ihre Familien müssen Bedarfe immer wieder „beweisen“, obwohl sie Expert*innen ihres eigenen Lebens sind. Gleiches gilt für Entscheidungen über den eigenen Körper – hier werden klare Mitbestimmungsrechte gefordert.

Körperbild, Begutachtungen, Selbstvertretungen und Übergänge

Regelmäßige Begutachtungsverfahren, in denen fremde Personen „Defizite“ einschätzen, erschweren ein positives Körperbild. Gefordert wird ein sensibler, respektvoller Umgang und das Durchbrechen objektivierender Routinen. Ein Kernelement ist zudem die Stärkung und langfristige Förderung von Selbstvertretungen, die mitentscheidend in Politik und Praxis eingebunden und in ihrer Unabhängigkeit gesichert werden sollen. Übergänge ins selbstbestimmte Leben müssen inklusiv gestaltet werden: Zugang zu bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum sowie unabhängige, niedrigschwellige und barrierefreie Beratung sind zentrale Voraussetzungen.

Fazit

Die Impulse von jumemb verdeutlichen, dass Inklusion strukturelle Veränderung erfordert. Gefordert ist der Übergang von einer betreuenden zu einer partizipativen Haltung, in der junge Menschen mit Behinderungen als gleichberechtigte junge Menschen mit gesellschaftlicher Teilhabe anerkannt werden. Die dreizehn Forderungen bilden ein Programm für eine Gesellschaft, die Menschenrechte nicht nur formal anerkennt, sondern praktisch umsetzt – in Bildung, Arbeit, Wohnen, Beratung, Schutz und politischer Beteiligung – und junge Menschen mit Behinderungen als Subjekte ihrer eigenen Lebensgestaltung begreift.

▷ Zusammenfassung und Eindrücke von der Gruppe jumemb

Forderungen von jungen Menschen mit Behinderungen aus der Selbstvertretung jumemb

Individuelle Assistenzleistungen in allen Lebensbereichen sind grundlegend für eine diskriminierungsfreie und selbstbestimmte Teilhabe. Aktuelle politische Diskussionen stellen dies in Abrede – unsere Bedarfe zählen!

Pooling von Leistungen an Schulen kann eine Lösung sein, aber individuelle Bedarfe müssen im Blick und relevant sein.

Das Menschenrecht auf Schulbildung und entsprechende Abschlüsse müssen in Deutschland für ALLE umgesetzt werden. Diskriminierungsfreie Zugänge zu Schulbildung für alle schaffen und verbessern!

Werkstätten exkludieren! Alle Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt haben und die Förderungen zu Teilhabe am Arbeitsleben langfristig gesichert werden.

Der Wert des Menschen ergibt sich über den Menschen selbst, nicht durch seine Leistung!

Für den inklusiven Kinderschutz muss die Selbstbestimmung von jungen Menschen mit Behinderungen in den Vordergrund gerückt werden.

Durch die Abhängigkeit von anderen Menschen und deren Entscheidungsmacht entsteht die Gefahr der Ohnmacht und Grenzüberschreitung.

Misstrauen gegenüber jungen Menschen: immer wieder müssen wir unsere Bedarfe beweisen. Wir und unsere Familien können am besten einschätzen, was wir brauchen!



Sich Gehör verschaffen: Die Selbstvertretung jumemb ist beim Hearing dabei

Menschen mit Behinderungen haben es durch Begutachtungen und Fremdeinschätzung schwerer ein positives Körperbild zu entwickeln.

Wir wollen nicht nur mitreden, sondern mitbestimmen und entscheiden, wenn es um den eigenen Körper geht. Es geht um mich als Person!

Selbstvertretungen müssen die Gesellschaft mitgestalten und bei Entscheidungen beteiligt werden. Sie sind langfristig zu fördern. Ihre Unabhängigkeit muss gewahrt und angemessene Vorkehrungen müssen gewährleistet sein.

Übergänge ins selbstbestimmte Leben müssen inklusiv gestaltet werden. Bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum ist zentrale Grundlage dafür.

Beratung ist im Übergang unabhängig von Eltern, Trägern und Leistungserbringer*innen barrierefrei sicherzustellen.

Careleaver e.V. – Erfahrungen, Sichtweisen und Forderungen von jungen Erwachsenen

Wir sind junge Menschen, die einen Teil ihres Lebens in Pflegefamilien oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe verbracht haben. Wir nennen uns Careleaver*innen. Was uns verbindet: Wir wachsen ohne verlässliches familiäres Netz auf – und stehen nach dem Ende der Hilfen oft früher und abrupter auf eigenen Beinen als Gleichaltrige. Während andere im Zweifel zu ihren Eltern zurückkehren können, müssen wir funktionieren. Genau deshalb brauchen wir starke Selbstvertretungsstrukturen.

Selbstvertretung heißt für uns: mitreden, mitentscheiden, mitgestalten. Nicht über uns sprechen, sondern mit uns. Es geht darum, auf Augenhöhe beteiligt zu sein – in Einrichtungen, in Kommunen, auf Landes- und Bundesebene. Der Careleaver e.V. ist für viele Careleaver*innen, was für andere ihre Familie ist: ein Ort für Austausch, Orientierung und Rückhalt. Und das gerade dann, wenn es kriselt.

Selbstvertretung bedeutet, unsere Perspektiven selbst einzubringen, uns zu vernetzen und gemeinsam für unsere Rechte einzustehen. Sie schafft Räume, in denen wir uns austauschen, stärken und organisieren können. Sie macht sichtbar, was sonst unsichtbar bleibt: strukturelle Lücken, widersprüchliche Anforderungen, reale Lebenslagen. Damit Selbstvertretung wirksam sein kann, braucht sie verlässliche Rahmenbedingungen, wie Zeit, Räume und eine langfristige finanzielle Absicherung.

Zugleich erleben wir, dass viele Rechte zwar bestehen, aber schwer zugänglich sind. Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII werden in der Praxis oft restriktiv gehandhabt und enden oft zu früh. Die sogenannte Coming-Back-Option greift nicht verlässlich und wird nicht immer korrekt umgesetzt. Anträge wie beim BAföG oder bei der Wohnungssuche setzen häufig Elternkontakt voraus. Wir fordern: Verfahren müssen so gestaltet sein, dass der fehlende Kontakt zu den Herkunftseltern kein Ausschlusskriterium darstellt und wir unsere Geschichte nicht immer wieder neu erklären müssen.



Careleaver*innen geben Einblicke: Gesprächsrunde mit Anna Mrozek (BMBFSFJ)



Careleaver*innen im Gespräch mit Bundespolitik

Deshalb setzen wir uns auch für einen klar geregelten Rechtsstatus Leaving Care ein. Ein solcher Status kann Sichtbarkeit schaffen, Zugänge vereinfachen und bürokratische Belastungen reduzieren, gerade an den Schnittstellen zwischen verschiedenen Leistungssystemen. Dieser Status würde anerkennen, dass wir andere Startbedingungen haben, ohne uns zu stigmatisieren. Gleichzeitig muss gelten: Unterstützung darf kein „Nice-to-have“ sein, sondern muss als Rechtsanspruch verlässlich durchsetzbar sein – und zwar so lange, wie sie tatsächlich gebraucht wird. Wir wünschen uns Zeit zum Ausprobieren, Zeit für Fehler und eine Möglichkeit, auf Unterstützung zurückzukommen.

Selbstvertretung heißt für uns außerdem: verbindliche Informationen über bestehende Angebote, damit junge Menschen überhaupt wissen, was Selbstvertretungen sind und wo es sie gibt. Leider haben wir schon häufig erlebt, dass nur widerwillig Flyer über Rechte oder Selbstvertretungen ausgelegt werden. Genau diese Informationen gehören unserer Meinung nach aber genau dorthin, wo sich junge Menschen sowieso aufhalten: in Jugendämtern, in Sportvereine, in alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Jugendzentren.

Ebenso zentral ist eine traumasensible und machtkritische Ausbildung von Fachkräften. Beteiligung, Kinderrechte und der sensible Umgang mit potenziell belastenden Situationen müssen verbindlicher Bestandteil von Ausbildung und Studium sein. Unsere Perspektive als „Experts of Experience“ ist hierbei eine notwendige Grundlage für die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe. Und darüber hinaus muss Barrierefreiheit und Inklusion als Standard verstanden werden, damit niemand ausgeschlossen wird.

Das Hearing hat für uns deutlich gemacht, wie wertvoll es ist, wenn unsere Expertise ernst genommen wird. Jetzt geht es darum, aus diesen Gesprächen nachhaltige Veränderungen entstehen zu lassen: verlässliche Strukturen zu schaffen, Rechte tatsächlich zugänglich zu machen und eine Kinder- und Jugendhilfe aufzubauen, die junge Menschen auch über das Ende der Hilfen hinaus begleitet.

Forderungen von Careleaver*innen aus dem Careleaver e.V.

Stellvertretung auf Augenhöhe – Nichts
über uns ohne uns!

Selbstvertretung braucht verlässliche
Strukturförderung!

Selbstvertretung für alle Bereiche der
Jugendhilfe sicherstellen

§ 4a SGB VIII konkretisieren und verbindlich
umsetzen

Thematische Selbstbestimmung, Vielfalt
und Kontinuität – Wir setzen die Themen!

Stimm- und antragsberechtigte Sitze in
Jugendhilfe-Gremien verankern

Evaluation und Rechenschaft über
Beteiligung und Selbstvertretung

Informationspflicht über Selbstvertretung

Selbstvertretung unterstützt die Entwicklung
von Sozialer Arbeit, aber ersetzt diese nicht!

Selbstvertretung alltagsnah sichtbar machen

Fachkräfteausbildung „revolutionieren“ –
machtkritische und traumasensible
Ausbildung verpflichtend

Rechtsstatus Leaving Care einführen

Bürokratie umbauen: Verfahren ohne
Elternkontakt

Selbstvertretung systematisch in Ausbildung
einbinden

Barrierefreiheit und Inklusion als Standard



Tim Stegemann (Fraktionsreferent Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, was er mitnimmt.

Rückmeldungen Bundespolitik: „Mich beschäftigt am meisten, dass...“

Stefan Wedermann stellt die Frage an die Teilnehmenden aus der Bundespolitik, was sie aktuell am meisten beschäftigt.

Tim Stegemann (Fraktionsreferent Bündnis 90/Die Grünen) nennt als übergreifendes Thema die angespannte Personalsituation in Jugendämtern, insbesondere im Allgemeinen Sozialen Dienst. Er verweist auf hohe Belastungen und häufige Personalwechsel und betont, dass es spannend und wichtig ist zu hören, wie sich diese Instabilität konkret auf junge Menschen auswirkt. Er nimmt für die fachpolitische Arbeit mit, dass Selbstvertretung zentral ist und der Fokus stärker auf die betroffenen Personen gelegt werden muss. Intern will er besprechen, wie Veränderungen angestoßen werden können, und hebt die Bedeutung von Rechtsansprüchen hervor.

Zoë Schlüter (BMBFSFJ) beschreibt, dass es viel Input gegeben hat: manches ist ihr bekannt gewesen aber durch persönliche Erzählungen ist es besonders eindrücklich geworden. Sie hebt hervor, wie viele Überschneidungen sich zeigen: z.B. Personalmangel, Abbrüche von Kontinuität, Ausstattung der Jugendämter. Außerdem betont sie, wie schwer es ist, Selbstvertretung zu etablieren. Das liegt besonders daran, dass es schon an grundlegenden Informationen fehlt, z.B. mit wem man sich vernetzen kann. Ein Informationsdefizit und eine hohe Einstiegsschwelle erschweren den Anfang.

Zoë Clark (Berichtskommission 18. Kinder- und Jugendbericht) beobachtet, dass sich viele Themen aus unterschiedlichen Perspektiven wiederholen, vor allem die Frage, wer in Selbstvertretung mitgedacht wird und wer nicht ausreichend mitgemeint ist. Sie merkt an, dass in der Kinder- und Jugendhilfe einiges passiert ist, während es bei Eltern weniger etablierte Selbstvertretungsstrukturen gibt. Als zentrale Problemlagen nennt sie ebenfalls die Personalsituation in Jugendämtern und daraus folgende Einbußen an Verlässlichkeit, unklare Zuständigkeiten und mangelnde Absprachen mit Betroffenen. Dadurch fühlen sich Menschen in ihren Bedarfen nicht gesehen. Sie kritisiert zudem Infantilisierung von Menschen mit Behinderung und zu geringe Beachtung von Selbstbestim-



Regina Rätz (Berichtskommission 18. Kinder- und Jugendbericht) gibt eine Rückmeldung zu dem Gehörten.

mung. Als Leitgedanke formuliert sie, dass keine Hilfe beendet werden sollte, solange nicht verlässlich eine neue Hilfe in Aussicht steht. Unzuverlässigkeit dieser Art darf es in der Kinder- und Jugendhilfe nicht geben.

Regina Rätz (Berichtskommission 18. Kinder- und Jugendbericht) betont, dass alle, die sich in Selbstvertretung engagieren, „Experts of Experience“ sind. Der Einfluss von Selbstvertretungen auf Strukturen ist noch nicht zufriedenstellend. Sie benennt Unterlegenheit in Machtverhältnissen und daraus resultierende Ohnmachtsgefühle und sieht den Gesetzgeber in der Pflicht nachzubessern. Zugleich verweist sie auf mehrere Stellschrauben: Es braucht starke Öffentlichkeitsarbeit, gesellschaftliche Diskurse und fachliche Entscheidungen. Nur so können strukturelle Veränderungen greifen.

Jasper Hahn (Mitarbeiter Denise Loop MdB/ Bündnis 90/Die Grünen) hebt hervor, dass bürokratische Verfahren häufig mit extremen Belastungen verbunden sind, insbesondere wenn Elternkontakt eingefordert wird oder Rechtfertigungen erwartet werden. Er beschreibt ein wiederkehrendes Problem: Rechte stehen zwar „im Gesetz“, sind aber in der Praxis oft schwer zugänglich. Daraus ergibt sich für ihn die politische Kernfrage, wie man sicherstellt, dass bestehende Ansprüche tatsächlich bei den Menschen ankommen.

III. Impulse und Forderungen an die Bundespolitik

**Wie kann Selbstvertretung in der
inkluisiven Kinder- und Jugendhilfe
gestärkt werden?**



Programmablauf

Wie kann Selbstvertretung in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden? – Impulse und Forderungen an die Bundespolitik

Übergreifende Impulse mit Rückfragerunden der Politiker*innen

Moderation: Laura Brühle und Stefan Wedermann

What to-do? – Was nehmen die Politiker*innen mit? Wie kann es weiter gehen?

Moderation: Laura Brühle und Stefan Wedermann

// Ende des Hearings

Im zweiten Teil des Hearings nach der Mittagspause ging es darum, wie Selbstvertretung in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe stärker werden kann. In der Vorbereitung des Hearings wurde deutlich: Es gibt mehrere Punkte zu Selbstvertretung, die allen Gruppen wichtig sind.

Die wichtigsten drei wurden in der Vorbereitung ausgewählt:

- ▶ Unabhängigkeit von Selbstvertretung
- ▶ Ressourcen und Rahmenbedingungen für Selbstvertretung
- ▶ Integration in Aus- und Weiterbildung

Zum Ablauf: eine Gruppe, z.B. junge Menschen aus Pflegefamilien, brachte den Punkt ein. Die Gruppe berichtete dann die eigenen Perspektiven und Erfahrungen zu dem Punkt. Dann ergänzten andere Gruppen ihre Sichtweisen auf das Thema. Im Anschluss konnten die Politiker*innen zu dem Punkt fragen und ins Gespräch kommen. Dann wurde von einer anderen Gruppe das nächste Thema vorgestellt.



Der Punkt zu Unabhängigkeit von Selbstvertretungen wird von Careleaver*innen eingebracht

Unabhängigkeit von Selbstvertretung ist wichtig und muss sichergestellt werden!

Impulse und Forderungen von Careleaver*innen:

- ▶ Selbstvertretungen müssen unabhängig sein können – ohne Druck oder Einflussnahme von außen und ohne Verfolgung fremder Interessen. Eigene positive Erfahrungen mit erfolgreichem Engagement stärken die Selbstwirksamkeit und sind wichtig für nachhaltige Beteiligung.
- ▶ Unabhängige Selbstvertretungsstrukturen ermöglichen es, sich gemeinsam für eigene Rechte einzusetzen. So kann Erfahrungswissen in die Weiterentwicklung von Hilfesystemen eingebracht werden.
- ▶ Eine zentrale Voraussetzung ist, dass es genug Ressourcen gibt. Nur so ist langfristiges Engagement möglich.

Regina Rätz (Berichtskommission 18. Kinder- und Jugendbericht) fragt, wo Selbstvertretungen sinnvoll „angesiedelt“ sein könnten, um tatsächlich Einfluss auf Strukturen zu nehmen und unabhängig zu bleiben.

Kerstin Blochberger (bbe e.V.) nennt als Beispiel den Deutschen Behindertenrat mit seinem „Drei-Säulen-Modell“. In diesem Modell wirken die drei Säulen Fachverbände, Selbsthilfe und Selbstvertretung gleichberechtigt zusammen. Sie regt an, dieses Modell für die Kinder- und Jugendhilfe auch zu überlegen.

Von jungen Menschen aus Wohngruppen, dem Careleaver e.V. und jumemb wird auf das Problem von Sanktionen hingewiesen: Engagement kann zu Nachteilen führen, etwa durch den Entzug von Unterstützung. Deshalb wird ein Schutzmechanismus gefordert – vergleichbar mit dem Kündigungsschutz für Betriebsräte –, damit engagierte Personen keine negativen Konsequenzen befürchten müssen.

Insgesamt wird eine Kultur der Anerkennung, Absicherung und Ermöglichung von Selbstvertretung gefordert.

Ressourcen und Rahmenbedingungen für Selbstvertretung

Der Themenblock „Ressourcen und Rahmenbedingungen“ wird von jungen Menschen aus Pflegefamilien eingebracht. Im Mittelpunkt steht, dass Selbstvertretung als Grundrecht verstanden wird und nur dann wirksam sein kann, wenn die nötigen Bedingungen tatsächlich geschaffen werden.

Impulse und Forderungen von jungen Menschen aus Pflegefamilien:

- ▶ Es braucht unabhängige Räumlichkeiten als Voraussetzung: hübsche Orte, an denen junge Menschen sich treffen, austauschen und organisieren können, ohne in Abhängigkeiten zu geraten.
- ▶ Zusätzlich werden finanzielle Möglichkeiten gefordert, um Gruppen nachhaltig aufzubauen und weiterzuentwickeln. Das ist auch wichtig, um weitere Menschen so anzusprechen, dass sie sich einbringen können.
- ▶ Es braucht fachliche Begleitung: Schutz und Unterstützung bei Problemen, Moderation von Prozessen und zuverlässige Betreuung durch Fachkräfte. Nur so kann es gelingen, dass junge Menschen auf Augenhöhe mitreden können. Sie sollen dabei nicht überfordert werden.

Impulse und Forderungen von jungen Menschen aus der Gruppe jumemb:

- ▶ Für gelingende Selbstvertretung müssen junge Menschen mit ihren Anliegen angehört werden. Manche Menschen brauchen dafür Assistenz. Dafür braucht es langfristige Förderung sowie Förderrichtlinien, die an die Belange junger Menschen angepasst sind. Ohne diese Bedingungen können nicht alle gehört werden.

Impulse und Forderungen von Eltern:

- ▶ Selbstvertretung von Eltern ist praktisch kaum vorhanden. Scham oder Angst stellen Hürden für Eltern dar, ihre Interessen zu vertreten und sich zusammenzuschließen.
- ▶ Es braucht mehr Förderung, Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützer*innen. Eltern müssen auch besser über ihre Rechte informiert werden.
- ▶ Eltern sind Expert*innen ihrer Kinder und sollten frühzeitig einbezogen und informiert werden.

„Wir haben schon Rechte – aber Rechte ohne Ressourcen und ohne Infrastruktur bringen nichts.“

Maximilian Fabry

Ergänzende Aspekte

Abschließend werden mehrere Ergänzungen von verschiedenen Personen aus allen Gruppen gemacht. Es wird hervorgehoben, dass Selbstvertretung in der Praxis auch ein Privileg sein kann: Nicht alle schaffen es, sich zu beteiligen. Gerade deshalb müssen Menschen aktiv „reingeholt“ werden. Es ist auch wichtig, dass Barrieren gesenkt werden. Konkrete Forderungen sind:

- ▶ Junge Menschen und Eltern müssen über ihre Rechte informiert werden (z.B. im Hilfeplangespräch: Teilnahme, Wahl einer Vertrauensperson, Wahl eines anderen Raums).
- ▶ Die Inhalte von Gesprächen müssen von allen Beteiligten mitentschieden werden können. Sie dürfen nicht vor den Gesprächen schon feststehen.
- ▶ Es braucht ausreichend unabhängige Beschwerdestellen (Ombudsstellen), die so ausgestattet sind, dass sie alle Anfragen bearbeiten können.
- ▶ Persönlichkeitsrechte müssen geschützt werden.
- ▶ Fehlverhalten von Institutionen muss aufgearbeitet werden.



Junge Menschen in Pflegefamilien sprechen über Ressourcen und Rahmenbedingungen für Selbstvertretung

„Politiker können entscheiden und haben viel Macht. Selbstvertretung braucht Gehör in der Politik. Die sollten zu den Austauschveranstaltungen kommen. Wir laden Politik ein und einflussreiche Leute, aber die kommen dann nicht. Es kommt keine Rückmeldung. Politik sollte mehr da sein.“

Lisa-Maria Funke

Rückmeldungen von Politiker*innen:

Tim Stegemann (Fraktionsreferent Bündnis 90 / Die Grünen) betont, dass gute Rahmenbedingungen im SGB VIII eine Herausforderung sind. Das Thema Ressourcen beschäftigt ihn besonders. Er betont, dass er zentrale Punkte an Fachpolitiker*innen weitergeben wird.

Regina Rätz (Kommission 18. Kinder- und Jugendbericht)

beschäftigt die Frage, wie vorhandene Informationen und Materialien tatsächlich bei jungen Menschen ankommen können. Es gibt viel Material, aber das kommt nicht immer bei den jungen Menschen und Eltern an.

Lisa-Maria Funke (Jugendliche) antwortet darauf, dass diese Sachen im Jugendamt überall liegen und verteilt werden

müssen. Die Fachkräfte wissen aber oft selbst zu wenig Bescheid. Es müsste eine Checkliste geben für Gespräche mit jungen Menschen, wo alle Rechte draufstehen.

Vicky Ulrich von der Weth (Careleaver e.V.) berichtet von einem veröffentlichten Bilderbuch zum SGB VIII und betont, dass sichergestellt werden muss, dass solche Dinge bei jedem relevanten Kontakt weitergegeben werden, damit alle ihre Rechte kennen und wahrnehmen können. Gleichzeitig soll auf „blinde Flecken“ geachtet werden, etwa andere Sprachen.

Hans-Ullrich Krause (IGfH) hebt hervor, dass in den Diskussionen auch Rechtsbrüche thematisiert wurden: Dinge stehen im Gesetz, werden aber nicht umgesetzt. Es wurden mehrere Beispiele genannt: fehlende Teilnahme am Hilfeplangespräch, negative Konsequenzen wegen Selbstvertretung. Er stellt die Frage, ob vorhandene Mittel und Personal dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Die aktuelle Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe bewertet er mit „4“. Das Ziel müsste aber mindestens eine „2“ sein.

Theresa Böcke (jumemb) betont, dass die Ansprache an die Realität von Kindern und Jugendlichen angepasst werden muss, z.B. über Social Media und jugendgerechte Sprache.

Lee Landefeld (Careleaver e.V.) ergänzt, dass Infomaterialien in Jugendämtern teils bewusst nicht ausgelegt werden, aus Sorge, Betroffene könnten daraus Forderungen ableiten. Deshalb braucht es Sensibilisierung für Rechte in der Gesellschaft und in den Strukturen.

Stefan Wedermann (IGfH) betont den pädagogischen Auftrag, Kinderrechte und Beteiligung nicht nur über Materialien, sondern auch im Alltag konsequent zu verankern.

Lilith Fendt (jumemb) weist auf Abwertung von Leichter Sprache hin und betont, dass Menschen, die Leichte Sprache nutzen, sich eine Meinung bilden und mitreden wollen.

Lukas Hernicht (jumemb) ergänzt, dass dazu auch Menschen mit Unterstützter Kommunikation gehören.

Integration in Aus- und Weiterbildung

Impulse und Forderungen von jungen Menschen aus Wohngruppen:

- ▶ Alle Fachkräfte sollten regelmäßig Fortbildungen machen, z.B. mehrfach im Jahr. Das sollte Pflicht sein – auch für die Fachkräfte im Jugendamt. Fachkräfte können Rechte und Schutz nicht vermitteln, wenn sie selbst nicht ausreichend geschult sind. Wichtige Themen sind zum Beispiel:
 - ▷ psychische Krankheiten
 - ▷ psychische und körperliche Gewalt
 - ▷ sexualisierte Gewalt und Konsens
 - ▷ Kinder- und Jugendrechte
 - ▷ Kinderschutz (nicht nur Kindeswohlgefährdung)
 - ▷ Behinderung und Barrierefreiheit
 - ▷ Diskriminierung und Rassismus
- ▶ Schon in der Ausbildung muss mehr über Jugendhilfe, Wohngruppen und Behinderungen gelernt werden. Bisher liegt der Fokus oft zu sehr auf Kita und Hort. Viel Wissen fehlt – und junge Menschen müssen dann den Fachkräften Dinge erklären. Das ist nicht richtig.
- ▶ Inhalte der Aus- und Weiterbildungen sollten durch junge Menschen mitgestaltet werden.
- ▶ Auch junge Menschen, die in Wohngruppen leben, sollten Informationen erhalten über Krankheiten und Verhaltensweisen. So können sie besser miteinander umgehen und wissen, was los ist.

Impulse und Forderungen von jumemb:

- ▶ Es gibt viele Übergriffe und Stigmatisierungen. Fachkräfte müssen dafür geschult und sensibilisiert werden.
- ▶ Neben den Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe müssen auch andere Berufsgruppen berücksichtigt werden, z.B. Ärzt*innen, Rettungskräfte, Polizei und weitere Berufsgruppen im Gesundheitswesen.
- ▶ Wir wollen unsere Assistenzen selbst schulen.
- ▶ Es braucht barrierefreie Weiterbildungsorte, damit alle an den Veranstaltungen teilnehmen können und die Veranstaltungen auch mitgestalten können.

Impulse und Forderungen von Eltern:

- ▶ Es braucht mehr Menschen mit eigenen Erfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe unter den Fachkräften. Die eigenen Erfahrungen sind auch Kompetenzen, die als „Arbeitsmittel“ eingesetzt werden können.



Junge Menschen in Wohngruppen sprechen zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften

- Ein Beispiel, wie das gut funktionieren kann, ist das Konzept „Genesungsbegleitung“. Das kommt aus dem Bereich Psychiatrie. Das wäre auch ein guter Ansatz für die Jugendhilfe.

Nicole Knuth (IGfH) betont, dass zur fachlichen Qualifikation auch Haltung gehört, die in Ausbildung und Fortbildung oft „untergeht“. Betroffene sollten an Ausbildung und Wissensvermittlung beteiligt werden, weil das Thema dann anders gehört und eher ernst genommen wird.

Kerstin Blochberger (bbe e.V.) unterstreicht, dass Erfahrungen von „Experts of Experience“ im Beruf Kompetenzen sind und sich die Leute diese nicht abgewöhnen lassen sollen.

Vicky Ulrich von der Weth (Careleaver e.V.) verweist auf Beispiele aus Nachbarländern, in denen Peer-Ausbildungen existieren. Viele Careleaver*innen arbeiten in der Sozialen Arbeit und verleugnen ihre Careleaver-Erfahrung aber teilweise, weil ihnen sonst fachliche Expertise abgesprochen werde. Zudem spricht sie die Notwendigkeit einer Ausbildung/Qualifizierung für Pflegeeltern an, da oft traumatisierte Kinder aufgenommen werden.

Theresa Böcke (jumemb) ergänzt die Perspektive um Intersektionalität: Aspekte wie z.B. queere Lebensrealitäten, Rassismus und diskriminierende Räume müssen in der Ausbildung mitgedacht werden.

Julia Döhrer (Jugendliche) schildert, dass vor ihrem eigenen Rauswurf aus der Wohngruppe nur eine Fachkraft klar Position bezogen hat. Die Person hatte selbst eine (komplexe) Traumafolgestörung und konnte so ihre Lage verstehen und empathisch mit ihr sein. „Professionalität“ wird häufig mit Kälte verwechselt. Was es braucht, ist fachliche Expertise und vor allem müssen Fachkräfte Mensch sein.

Jana Paul (Careleaver e.V.) unterstreicht, dass, wer im Sinne des Kindes handelt, menschlich handelt. Außerdem braucht die Kinder- und Jugendhilfe Fehlerfreundlichkeit und bedingungslose Unterstützung.

Lisa-Maria Funke (Jugendliche) ergänzt, dass es wichtig ist, in der Jugendhilfe mehr mit kleinschrittigen Zielen zu arbeiten als mit großen Fernzielen.



Zoë Clark (Berichtskommission 18. Kinder- und Jugendbericht) berichtet, was sie besonders beschäftigt

What to-do? – Was nehmen die Politiker*innen mit? Wie kann es weiter gehen?

Zum Abschluss teilten die Teilnehmenden, welche Eindrücke und Erkenntnisse sie aus dem Hearing mitnehmen. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere der persönliche Austausch und die Möglichkeit, eigene Erfahrungen und Forderungen direkt mit politischen Vertreter*innen zu besprechen, von vielen als wertvoll erlebt wurden.

Tim Stegemann (Fraktionsreferent Bündnis 90/Die Grünen) nimmt besonders mit, dass es Fachkräfte braucht, die selbst Kontakt zur Kinder- und Jugendhilfe hatten bzw. Erfahrungswissen mitbringen. Für die politische Beratung und Arbeit seien direkte Drähte zu Vertreter*innen wichtig. Zudem ermutigt er, selbst politisch aktiv zu werden.

Rückmeldungen aus der Gruppe junger Menschen aus Wohngruppen

Lisa-Maria Funke (Jugendliche) betont, dass es für sie das erste Mal war, in dieser Form Kontakt mit Eltern und jungen Menschen aus Pflegefamilien zu haben und in einen engeren Austausch zu gehen. Es ist nicht selbstverständlich, dass es so viel Offenheit auf allen Seiten gab.

Julia Döhrer (Jugendliche) hebt hervor, dass es toll ist, wie viele Menschen hier sind, die sich zusammenschließen, um Themen einzubringen. Schwierig ist, dass es zwar viele Gesetze gibt, die aber in der Praxis nicht konsequent umgesetzt werden.



Eltern geben Einblicke: Gesprächsrunde mit Tim Stegemann (Fraktionsreferent Bündnis 90/Die Grünen) und Jasper Hahn (Mitarbeiter von Denise Loop, MdB Bündnis 90/Die Grünen)

Malvina von Dyck (Jugendliche) ergänzt, dass es super war, dass so viele Menschen zusammengekommen sind und wichtige Punkte klar benannt wurden. Sie wusste z.B. vorher nicht, dass beim Hilfeplangespräch eine zusätzliche Person teilnehmen kann und dass das nicht zwingend im Jugendamt stattfinden muss.
Rückmeldungen aus der Gruppe junger Menschen aus Pflegefamilien:

Maximilian Fabry (Jugendlicher) spricht einen großen Dank an alle aus, die gekommen sind. Er betont, dass alle gemeinsam etwas bewegen und sichtbar werden wollen. Sie als Jugendliche wollen die Zukunft voranbringen. Er setzt sich dafür ein, dass die Themen weiterbewegt werden.

Joshua Wolter (Jugendlicher) betont, dass es ein toller Austausch und interessante Erfahrungen waren. Er hatte Spaß.

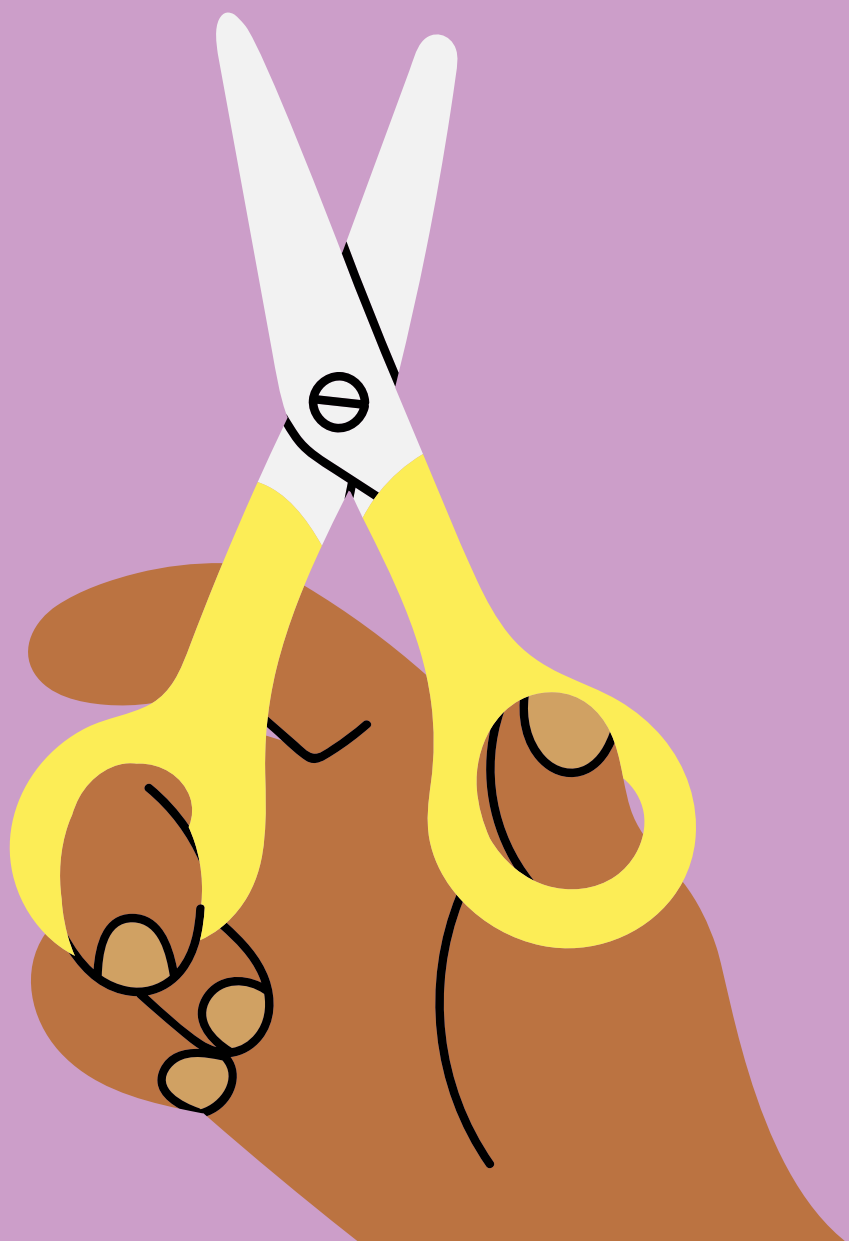
Rückmeldung aus der Gruppe der Eltern

Jennifer Steglich (Elternteil) hebt hervor, dass sie das toll findet und dranbleiben will.

Rückmeldung aus Moderation:

Stefan Wedermann kündigt in seiner Rolle als Geschäftsführer der IGfH an, die Impulse in einer Dokumentation aufzubereiten und breit zu streuen. Diese Ergebnisse seien eine wichtige Grundlage für die Arbeit des Verbandes; zugleich wird die Hoffnung geäußert, dass weitere Termine und Austauschformate folgen können.

Anhänge



Programmablauf

Termin: 26. Januar 2026 von 11:00 bis 16:00 Uhr

Raum: BMBFSFJ, Glinkastr. 24, Raum AE 09

Hearing: „Listen to us!“ – Perspektiven junger Menschen und Eltern auf Selbstvertretung in der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

10:30 Uhr Ankommen mit Begrüßungskaffee und Snacks

11:00 Uhr Begrüßung und Einstieg

Grußwort: Mareike Wulf (parl. Staatssekretärin)

Moderation und Einstieg ins Thema: Laura Brühle und Stefan Wedermann

11:30 Uhr Lebenswelten und Erfahrungen junger Menschen und Eltern im Kontext der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe

Fünf Diskussionsrunden in kleinen Gruppen (jeweils 15 Minuten)

Austausch mit:

- ▶ jungen Menschen mit Behinderungen (Moderation: Justus Lauer, Stefan Wedermann)
- ▶ Eltern (Moderation: Nicole Knuth, Anke Willemer)
- ▶ junge Menschen aus Pflegefamilien (Moderation: Judith Pöckler-von Lingen, Wolfgang Schröer)
- ▶ junge Menschen aus Wohngruppen (Moderation: Hans-Ullrich Krause, Elsa Thurm)
- ▶ Careleaver*innen (Moderation: Laura Brühle, Richard Werban)

Rückmeldung Politiker*innen: „Besonders beschäftigt mich, dass...“

Moderation: Laura Brühle und Stefan Wedermann

13:30 Uhr Mittagspause

14:30 Uhr Wie kann Selbstvertretung in der Kinder- und Jugendhilfe gestärkt werden? – Impulse und Forderungen an die Bundespolitik

Übergreifende Impulse mit Rückfragerunden der Politiker*innen

Moderation: Laura Brühle und Stefan Wedermann

15:30 Uhr What to-do? – Was nehmen die Politiker*innen mit?
Wie kann es weiter gehen?

Moderation: Laura Brühle und Stefan Wedermann

15:45 Uhr Ende des Hearings

15:45 Uhr Ausklang mit Kaffee und Tee

16:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Teilnehmer*innen

Name	Vorname	Organisation
Blochberger	Kerstin	Bundesverband behinderter und chronisch kranker Eltern e.V.
Böcke	Theresa	jumemb
Brüchle	Laura	Careleaver e.V.
Busch	Amina	Jugendliche*r
Clark	Zoë	Kommission 18. Kinder- und Jugendbericht / Universität Siegen
Döhrer	Julia	Jugendliche*r
Fabry	Maximilian	Landesjugendhilferat Bremen
Felkel	Julian	jumemb
Fendt	Lilith	jumemb
Fendt	Bettina	Assistenz
Fröhlich	Juliane	Begleitung Eltern/Kinderhaus-Berlin Mark Brandenburg
Funke	Lisa-Maria	Landesjugendkonferenz Sachsen
Graef	Sabrina	Elternteil
Hahn	Jasper	Mitarbeiter von Denise Loop, MdB
Hernicht	Lukas	jumemb
Kesidis	Ellie	Careleaver e.V.
Knuth	Nicole	IGfH / FH Dortmund
Krause	Hans-Ullrich	IGfH / Kinderhaus-Berlin Mark Brandenburg
Kühne	Pierre	Landesjugendhilferat Bremen
Kujau	Luna	Jugendliche*r
Landefeld	Lee	Careleaver e.V.
Loser	Dominik	Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Truels Reichardt, MdB
Mrozek	Anna	BMBFSFJ

Name	Vorname	Organisation
Möller	Tabea	IGfH
Möller	Sonja	Sprecherrat Kinderhaus-Berlin Mark Brandenburg
Paul	Jana	Careleaver e.V.
Pöckler-von Lingen	Judith	PiB – Pflegekinder in Bremen
Pohle	Michaela	Elternteil
Rätz	Regina	Kommission 18. Kinder- und Jugendbericht / ASH Berlin
Riedel	Anna	Assistenz
Rodig	Annegret	Elternteil / Kritische Eltern Dresden
Schlüter	Zoë	BMBFSFJ
Schröer	Wolfgang	Kommission 18. Kinder- und Jugendbericht / Universität Hildesheim
Schulz Salinas	Daniela Kimberley	Careleaver e.V.
Seidl	Simon	Sprecherrat Kinderhaus-Berlin Mark Brandenburg / Landessprecherrat
Stegemann	Tim	Fraktionreferent Bündnis 90/Die Grünen
Steglich	Jennifer	Elternteil / Kritische Eltern Dresden
Thurm	Elsa	Kinder- und Jugendhilferechtsverein e.V.
Ulrich-von der Weth	Vicky	Careleaver e.V.
van Dyck	Malvina	Sprecherrat Kinderhaus – Berlin Mark Brandenburg
Wedermann	Stefan	IGfH
Werban	Richard	Careleaver e.V.
Willemer	Anke	PiB – Pflegekinder in Bremen
Wolter	Joshua	Landesjugendhilferat Bremen
Wulf	Mareike	parl. Staatssekretärin / BMBFSFJ

Danke

